

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/44

5. März 1976

Voraussetzungen für den Sieg am 3. Oktober

Jeder Sozialdemokrat ist für den Wahlerfolg verantwort-
lich!

Von Rudi Arndt

Mitglied des SPD-Vorstandes, Vorsitzender des SPD-
Bezirks Hessen Süd und Oberbürgermeister von Frank-
furt am Main

Seite 1 bis 3 / 146 Zeilen

Engagiertes Plädoyer für Klaus Schütz

Die Senats- und Parteiführung muß in einer Hand blei-
ben

Von Wolfgang Roth

Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 4 und 5 / 48 Zeilen

Die "Kunststücke" des Albert Leicht

Inhaltsleere Kritik an der Politik der Regierung

Seite 6 / 38 Zeilen

Medienpolitik zwischen Wolkenkratzern

Bemerkungen zu einem Gesetzentwurf über UKW- und TV-
Störungen im Hochhaus-Bereich

Von Hermann P. Reiser MdB

Vorsitzender der Medienkommission der Interparlamenta-
rischen Arbeitsgemeinschaft (IPA)

Seite 7 und 8 / 60 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 126 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 08 98 840 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Voraussetzungen für den Sieg am 3. Oktober

Jeder Sozialdemokrat ist für den Wahlerfolg verantwortlich!

Von Rudi Arndt

Mitglied des SPD-Vorstands, Vorsitzender des
SPD-Bezirks Hessen Süd und Oberbürgermeister von Frankfurt am Main

In allen Bereichen wird immer deutlicher, daß für die Parteien von jetzt ab alle Anstrengungen auf den Bundestagswahlkampf gerichtet sind. CDU und CSU versuchen ein permanentes Wahlkampfklima zu erzeugen. Auch wenn sich die Sozialdemokratische Partei nicht vorzeitig in einen Wahlkampf drängen lassen wird, so muß sie doch auf die frühzeitigen Angriffe des politischen Gegners in geeigneter Form reagieren.

Dabei ist die Ausgangsbasis für die CDU/CSU ganz selbstverständlich gegeben: Die Opposition muß versuchen, die Leistungen der sozial-liberalen Koalition zu leugnen und bei dem Wähler ein dauerndes Gefühl der Unzufriedenheit zu wecken. Diese Wahltaktik hat Franz Josef Strauß in Sonthofen formuliert, und die Landesvorsitzenden der CDU in Hessen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben sie kritiklos übernommen. Alles, was irgendwie noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden könnte, wird über die CDU/CSU im Bundesrat blockiert, um der sozial-liberalen Koalition danach jegliche Leistung abprechen zu können. Ob das die sozialpolitischen Leistungen der Bundesregierung sind, ob es die Erfolge der Friedenspolitik oder andere Bereiche staatlichen Handelns betrifft, überall versucht die Opposition den Eindruck zu erwecken, als sei dies alles nicht wahr. Dabei bedient sie sich oft eines verblüffend einfachen Tricks: Sie läßt den ganzen Bereich der Verbesserungen eines bestimmten Gesetzes aus der Diskussion und konzentriert sich auf den einen kleinen Nachteil, der möglicherweise im Gesetz enthalten sein könnte.

Stolz auf die eigenen Leistungen!

Andererseits liegt auch die Wahlkampfstrategie der SPD auf der Hand. Sie kann im Vergleich zu der Situation von vor 1969 in unendlich vielen Bereichen den Beweis dafür antreten, daß der Weg der Reformen erfolgreich war. Und sie kann im Vergleich zu den anderen Staaten in Europa deutlich machen, um wieviel effektiver und besser die Bundesrepublik mit den Problemen einer modernen Industriegesellschaft fertig wird. Gelingt es der SPD, dem Wähler in der Bundesrepublik bewußtzumachen, was tatsächlich an entscheidenden Verbesserungen in den letzten beiden Legislaturperioden erreicht wurde, dann kann sie dem Wahlausgang mit Ruhe entgegensehen. Gelingt es der CDU/CSU, durch das ständige Aufzählen einzelner negativer Erscheinungen, die Erfolge der Bundespolitik aus dem Bewußtsein der Wähler zu verdrängen, dann werden es die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl außerordentlich schwer haben.

Von dieser Ausgangsposition her muß man die innere Verfassung der Sozialdemokratischen Partei sehen. Dabei kommt man, wenn man in der Diskussion bei vielen Ortsvereinen teilnimmt, zu einem überraschenden Ergebnis. Viele Mitglieder der SPD sind stolz darauf, daß sie im Bund, in vielen Ländern und Gemeinden die Regierung stellen. Gleichzeitig übernehmen sie aber auch gegenüber ihren eigenen Genossen in der Verantwortung eine bestimmte Oppositionshaltung. Ob Mitglieder der Bundesregierung und sozialdemokratischer Landesregierungen oder Kommunalpolitiker: Sie werden aus den Reihen der eigenen Partei oft sehr viel schärfer deshalb angegriffen, weil sie bestimmte Reformen

noch nicht durchführen konnten, als dies vom politischen Gegner her geschieht. Da CDU und CSU an den meisten Reformen überhaupt nicht interessiert sind, kommt von dieser Seite ja nicht der politische Druck, um die Reformen zu beschleunigen.

Es sind vielmehr Sozialdemokraten, die den verständlichen Wunsch immer und immer wieder vortragen, daß diese oder jene gesellschaftliche Reform schneller vor sich gehen möge als die Verhältnisse es erlauben. Die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung sind allerdings immer nur in der Lage, das durchzusetzen, was unter den gegebenen Voraussetzungen, also zum Beispiel in einer Koalition oder bei leeren öffentlichen Kassen möglich ist. Sie sind also gleichzeitig zwei Oppositionen ausgesetzt. Auf der einen Seite die Opposition der CDU/CSU gegen den Reformkurs der Sozialdemokraten, auf der anderen Seite der Opposition aus den eigenen Reihen, weil die Reformen nicht noch schneller vorwärtsgetrieben werden.

Die Kritiker im eigenen Lager

Aus dieser Situation heraus entwickelt sich das Bild der Sozialdemokratischen Partei für den Wähler. Es ist nicht so, daß sich die Bürger ein absolut unbeeinflusstes Bild von der SPD machen. Ihr Bild ist beeinflußt von dem, was in Presse, Funk und Fernsehen über die Leistungen der SPD berichtet wird. Daß die Opposition sich gegen die Sozialdemokraten wendet, dies nimmt er als selbstverständlich hin. Wenn er aber zum gleichen Zeitpunkt zur Kenntnis nimmt, daß auch Sozialdemokraten ständig die Leistung ihrer Regierung kritisieren, dann entsteht langsam aber sicher ein Gesamteindruck, der den tatsächlich gezeigten Leistungen der Sozialdemokraten nicht entspricht. Da bestimmte Sozialdemokraten selbst ständig öffentlich die Leistungen ihrer Partei kritisieren, ist es nicht verwunderlich, daß der Bürger kaum noch die Erfolge dieser Partei registriert, sondern nur noch die ständigen negativen Äußerungen.

Wenn die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in den Vordergrund ihrer Argumentation nicht den Leistungsnachweis über das rücken, was in den letzten Jahren erreicht wurde, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn nachher der Wähler diese Politik nicht honoriert. Und die Leistungsbilanz ist weitaus positiver als die meisten Sozialdemokraten es wissen!

Es würde schon genügen, wenn wir in der öffentlichen Diskussion den Erfolgen gegenüber den nicht erfüllten Forderungen den Raum geben würden, die sie im Verhältnis untereinander haben. Wir haben unser Bundestagswahlprogramm zu mehr als neunzig vH erfüllt. Nur ein Rest bleibt als unerfüllte Forderung. In vielen sozialdemokratischen Veranstaltungen nehmen allerdings diese zehn vH der nicht erfüllten Forderungen mehr als neunzig vH der Diskussionszeit ein. Und selbst dort, wo der Erfolg zugegeben wird, folgt sofort die Einschränkung: "Aber alles, was wir wollten, wurde doch nicht erreicht!" Zu oft wird etwas, was wir in der harten Auseinandersetzung gegen die Konservativen und Reaktionäre der CDU/CSU durchsetzen konnten, deshalb negativ bewertet, weil nicht hundert, sondern nur achtzig vH unserer Forderungen verwirklicht wurden.

Hier muß ein entscheidender Wandel in unserer öffentlichen Darstellung eintreten! Wir müssen begreiflich machen, daß es kaum ein anderes Land in Europa gibt, das eine freiheitlichere Verfassungswirklichkeit hat als die Bundesrepublik. Es gibt so gut wie keinen anderen Staat, der eine bessere

soziale Sicherheit für seine Bürger, der höhere Renten und Reallohne hat als die Bundesrepublik. Die anderen Industrienationen blicken voller Neid darauf, wie unsere Bundesregierung mit der weltwirtschaftlichen Krise fertig wird. Ob Bildung, Berufsausbildung oder Mitbestimmung; wir liegen im internationalen Vergleich eindeutig an der Spitze!

Niemand wird bestreiten, daß es in all diesen Bereichen noch Forderungen der Sozialdemokraten gibt, die nicht verwirklicht wurden. Und ganz selbstverständlich ist es, daß wir alles tun müssen, um die Voraussetzungen für die Durchsetzung dieser Forderungen zu schaffen. Das wird allerdings nur möglich sein, wenn wir Wahlen gewinnen. Und Wahlen können wir nur dann gewinnen, wenn wir als Sozialdemokraten die Erfolge unserer Politik aufzeigen und den Nachweis für unsere Leistungen erbringen. Wir werden sie verlieren, wenn die Kritik aus den eigenen Reihen an Kleinigkeiten das positive Bild dieses Leistungsnachweises zerstört.

Gebot Nummer eins: Glaubwürdigkeit

Dabei geht es vor allem darum, daß die Partei glaubwürdig ist, glaubwürdig in den politischen Aussagen, die sie in ihrem Grundgesetzprogramm und im Orientierungsrahmen '85 gemacht hat. Zu oft wird diese Glaubwürdigkeit dadurch erschüttert, daß manche Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei der Auffassung sind, sie könnten ihre innerparteiliche Opposition gegen die Linie der Partei in den Spalten der Springer-Presse austragen. Die Freiheit der Auseinandersetzung in der SPD ist außerordentlich weit gespannt. Gerade die Diskussion um den Orientierungsrahmen '85 hat bewiesen, daß die Partei stark genug ist, sehr weitauseinanderliegende Auffassungen zu verkraften. Aber wer permanent glaubt, er könne genau den Gegensatz dessen vertreten, was die Grundlinie der Partei ist, der schadet damit der Glaubwürdigkeit und setzt dann die Wahlchancen der Partei herab.

Niemand möchte dem einen oder anderen die politische Überzeugung absprechen, wenn er die gegenteilige Auffassung zur Parteilinie vertritt. Sehr oft geschieht dies aus innerer Überzeugung und aus ehrenwerten Gründen. Nur muß man die Feststellung dann gegen sich gelten lassen, daß die Partei feststellt, daß er nicht mehr als ihr Sprecher auftreten kann. Ist er so idealistisch eingestellt, wie er es vorgibt, dann müßte er von sich aus seine Mitgliedschaft in einer Partei aufgeben, mit der er in Grundsatzfragen nicht in Übereinstimmung steht. Tut er dies nicht, dann bleibt der Partei nichts anderes übrig, als sich von ihm zu trennen. Der Wähler hat einen Anspruch darauf, daß die Partei ihm gegenüber klarmacht, welches ihre Linie ist, und daß sie sie auch durchhält. Dieser Anspruch des Wählers wird zerstört, wenn bestimmte Partei-Mitglieder immer wieder den Eindruck in der Öffentlichkeit erwecken, daß das, was ihr offiziell dargelegt wird, gar nicht die Linie der Partei sei, womit dem politischen Gegner eine willkommene Angriffsfläche gegeben wird.

Nach dem Mannheimer Parteitag war deutlich zu spüren gewesen, daß das Ansehen der SPD in der Öffentlichkeit wesentlich besser geworden ist. Die Partei hatte in Mannheim demonstriert, daß sie, trotz selbstverständlicher Auseinandersetzungen über den politischen Weg, in der Lage ist, ohne Mißachtung der Minderheitenauffassung, eine einheitliche politische Linie festzulegen.

Diese Gemeinsamkeit ist die Basis des Wahlerfolges von 1976. Wer diese Gemeinsamkeit zerstören will, gleichgültig von welcher Seite er auch kommt, der betreibt damit ungewollt das Geschäft der Dregger und Filbinger und Strauß. Wer aber die Gemeinsamkeit fördert, wer sein ganzes politisches Wirken auf den Wahlerfolg einstellt, der schafft damit die Voraussetzungen für weitere Reformen innerhalb unserer Gesellschaft. (-/5.3.1976/ve/e/pr)

(Co: "Der Sozialdemokrat"/Frankfurt am Main/März 1976)

Engagiertes Plädoyer für Klaus Schütz

Die Senats- und Parteiführung muß in einer Hand bleiben

Von Wolfgang Roth

Mitglied des Vorstandes der SPD

Die Berliner SPD ließ in der jüngsten Vergangenheit in einigen ihrer Gruppierungen einen Hauch von Luft am Niedergang verspüren. Nicht anders lassen sich die Vorschläge bewerten, den Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz als Vorsitzenden des SPD-Landesverbandes Berlin abzulösen. Nun ist Schütz aber die einzige Persönlichkeit in der SPD-Berlin, die, sowohl was die Öffentlichkeit als auch was die Partei selbst betrifft, die SPD aus ihrer augenblicklichen Krise herausführen kann. Er hat alle Eigenschaften, die für den beschwerlichen, aber notwendigen Weg unerlässlich sind.

Zuerst einmal ist Klaus Schütz über jeden Vorwurf erhaben, im sog. "Verfilzungskarussell" jemals eine Runde gedreht zu haben. Er kam, das sollte keiner vergessen, aus "ungelöschter" Stellung in Bonn, in der er sich in der schwierigen Phase der Großen Koalition bewährt hatte, wie sich beim späteren Kampf und Sieg um die neue Ostpolitik zeigte. Klaus Schütz hat damals die Berliner SPD über manche Beschwernis geführt. Was ich damals an ihrem Kurs zu kritisieren hatte, geht zum wenigsten auf ihn zurück.

Zweitens hat Klaus Schütz das Vertrauen der Berliner erworben und bis heute bewahrt. Es ist nicht seine Schuld, daß sich das Vertrauen zu seiner Person nicht völlig auf die Partei übertragen hat. Er hat sich niemals von der Partei distanziert, aber manche in der Partei haben Kumpaneien in der Parteimehrheit für Politik gehalten. Die Bürger von Berlin haben mehr Gespür dafür gehabt als manche Sozialdemokraten.

Drittens liebt Klaus Schütz weder die autoritäre noch die diskussionslose Führung in der Partei. Er läßt Argumente gelten und Diskussionen sich entfalten. Ist es seine Schuld, wenn selbstverantwortliche Politiker diese

5. März 1976

demokratische Führung, die allein der Tradition und Struktur der Partei entspricht, egoistisch mißbrauchen? Ich sehe keine Führungsschwäche von Schütz, sondern Disziplinlosigkeit von einigen Amtsträgern. Die Sozialdemokratie gewinnt ihre Kraft gerade aus der Diskussion und nicht aus dem Kommando. Ohne Zweifel wird Klaus Schütz in den nächsten Monaten im Reformprozeß unserer Partei den Diskussionsprozeß steuern und manchmal verkürzen müssen, vielleicht mehr als es ihm behagt. Ich habe keinen Zweifel, daß ihm das gelingt. Die Linke in der Berliner Partei wird ihn dabei unterstützen müssen.

Es ist unerlässlich, in Berlin die Parteiführung und die Führung des Senats in einer Hand zu lassen. Es handelt sich bei unseren Schwierigkeiten nicht um eine Krise der Partei. Im Gegenteil, es gibt viele Mitglieder und Gliederungen der Partei, die die Probleme erkannt haben. Es sind Probleme des Verhältnisses von Amtsträgern zur Bevölkerung, der Durchsichtigkeit und Klarheit der staatlichen Politik und der Leistungsbezogenheit der Personalpolitik. Alles dies sind Aufgaben an der Nahtstelle zwischen Partei und Verantwortung im staatlichen Bereich. Diese Probleme kann nur einer lösen, der eben an dieser Nahtstelle seine Arbeit verrichtet, der im Staat und in der Partei Verantwortung trägt. Das tut Klaus Schütz, und muß er weiter tun.

Aus meiner Arbeit im Parteivorstand weiß ich, daß sich die SPD in Berlin einen schlechten Dienst erweisen würde, wenn Klaus Schütz die notwendige Unterstützung missen müßte. Die Berliner SPD sind auf eine enge und gute Zusammenarbeit mit der Bundespartei angewiesen. Auch dies sichert Klaus Schütz mehr als jeder andere. (-/5.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Die "Kunststücke" des Albert Leicht

Inhaltleere Kritik an der Politik der Regierung

Der wirtschafts- und finanzpolitische Sprecher der Opposition, CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß, legt sich derzeit eine bemerkenswerte Zurückhaltung in seinen "Primärdiagnosen" auf. Wichtige und vehemente Attacken seinerseits sind in diesen Bereichen seltener geworden, was auch damit zusammenhängen mag, daß seine Aufmerksamkeit von anderen innen- und außenpolitischen Ereignissen absorbiert wird. Umso eifriger turnt die übrige wirtschafts- und finanzpolitische Riege der Oppositionsfraktion an den Geräten und zeigt dem staunenden Publikum allerlei Kunststücke. Zuletzt hat der CDU-Politiker Albert Leicht MdB einen Übungsteil vorgeführt, über den es lohnt, ein wenig nachzudenken. Für ihn ist die Nachfragebelebung in der Konsumgüterindustrie "kein Indiz" für einen erhaltenden Aufschwung. Es fehle die Belebung im Investitionssektor, und hier habe die Bundesregierung noch nicht einmal die Weichen gestellt.

Niemand behauptet, daß die Besserung der Konsumgüternachfrage das ausschließliche Indiz für einen Aufschwung darstellt. Wir wissen aber, daß sich das Exportgeschäft auf noch recht unsicherem Boden bewegt, und daß der Binnenkonjunktur erhöhte Bedeutung zukommt. Sicher ist ebenfalls, daß der Aufschwung Schritt für Schritt kommen wird. Welcher Unternehmer wird schon ohne Aussicht auf eine sichere Nachfrage nach seinen Produkten im Aufschwung-Anfangstadium wie ein Wilder investieren? Daher sind jene wunscherachönen Milliarden-Geschenke, die die Union im Füllhorn trägt, nur als besondere Form der Vermögensbildung in Unternehmerhand zu bezeichnen.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren mehrmals massiv zur Stützung von Konjunktur und Beschäftigung interveniert. Im Februar 1974, im September 1974, im Dezember 1974 und zuletzt im September 1975 wurden Milliarden DM in den Wirtschaftskreislauf gepumpt. Diese Mittel hatten den Vorteil, gezielt eingesetzt zu sein und auch Wirkung zu zeigen. Nimmt man die Kindergeld- und Einkommensteuerreform sowie den Verlustrückgang hinzu, der freilich, wie vieles andere immer noch im Bundesrat schmort, ergibt dies ein beachtliches Bündel von Maßnahmen, die alles anderes als ein "kleckerweises" Vorgehen darstellen, wie das CDU/MdB Leicht behauptet.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, hat dieser Tage erklärt, daß im vergangenen Jahr Hunderttausende von Arbeitnehmern durch die Gelder des Bundes vom Schicksal der Arbeitslosigkeit bewahrt geblieben seien. Allerorten macht sich vorsichtiger Optimismus breit. MdB Leicht wird, diese Prognose darf man getrost wagen, bei zunehmendem Aufschwung Kunststücke vor abnehmenden Publikum vorführen.

Klaus Vater
(-/5.3.1976/va/e/pr)

Medienpolitik zwischen Wolkenkretzern

Bemerkungen zu einem Gesetzentwurf über
UKW- und TV-Störungen im Hochhaus-Bereich

Von Hermann P. Reiser MdB

Vorsitzender der Medienkommission der
Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA)

Zwischen einer bis zwei Millionen Rundfunk- und Fernsehteilnehmer sind betroffen: Schlechter oder gestörter Empfang durch Hochhäuser. Besonders Großstädte wie Hamburg, Frankfurt und München leiden darunter. Fernseh- und Ultrakurzwellen pflanzen sich bekanntlich geradlinig fort und können Hindernisse nicht überwinden. Davor entstehen Reflexions-, dahinter Abschattungs-zonen. Normalerweise verursachen alle Gebäude mit mehr als sechs Stockwerken solche Komplikationen. Da Hochhäuser häufig nicht verstreut, sondern meistens eng gruppiert in der Stadtlandschaft angeordnet sind, überlagern sich auch oft noch diese Behinderungen. Es ist dann nicht leicht festzustellen, wem und in welchem Umfang derartige Störungen anzulasten sind.

Die Bundespost wird mit Beschwerden solcherart geschädigter Rundfunk- und Fernsehteilnehmer eingedeckt. Die Fernseh- und Rundfunkanstalten verspüren den Ärger in der Kasse, denn die Abmeldungen häufen sich. Seit Jahren mühen sich drei Bundesministerien (Justiz, Post und Bau), Landesregierungen und die Sender selber, das Problem in den Griff zu kriegen. Doch sie kommen nicht voran. Die Anstrengungen versacken meistens im juristischen oder medienpolitischen Untergrund.

Der Stadtstaat Hamburg hat schon lange einen diskussionswürdigen und brauchbaren Modellentwurf in der Sache vorgelegt. Danach sollen den Besitzern oder Vermietern von Hochhäusern über 15 Meter, die solche Wellenstörungen verursachen, gewisse Abgaben nach dem Verursacherprinzip auferlegt werden. Die Bundespost oder von ihr beauftragte Firmen sollen mit diesen Finanzmitteln in die Lage versetzt werden, (in der Umgebung) einen einwandfreien Rundfunk- und Fernsehempfang durch Sammelantennen und zugehörige Kabelanlagen zu garantieren. Nach Hinweisen von Staatssekretär Dipl.-Ing. Dietrich Elias vom Bundespostministerium dürften sich die Investitionskosten je Anschluß auf 200 bis 700 DM belaufen. Darüber hinaus möchte die Post (und der Hamburg-Entwurf macht dies zur Pflicht) für das Betreiben sowie Instandhalten des Kabelnetzes von den "nutznieessenden" Rundfunk- und Fernsehteilnehmern eine Gebühr von etwa zwei bis fünf DM kassieren. Dafür werde ein klarer und makel-

loser Empfang, auch von weiteren, zusätzlichen Fernseh- und Rundfunkprogrammen, sichergestellt.

Sozialdemokraten und Gewerkschaftler haben zwar nichts gegen die Hochhausabgabe, jedoch gewisse Bedenken gegen diese Zwangs-Zusatzgebühr für die meist zufällig betroffenen Rundfunk- und Fernsehkunden. Nach ihrer Überwiegenden Meinung sollte auch ein künftiges Kabelfernsehen öffentlich-rechtlich organisiert sein. Die CDU/CSU hingegen wittert schon hier wieder einmal medienpolitischen Verrat. Die Bonner Oppositionsparteien plädieren (natürlich) für ein kommerzielles Kabelfernsehen und vermuten schon in dieser Hochhausabgabe eine Weichenstellung in entgegengesetzter Richtung. Zudem wettern sie gegen ein weiteres Monopol der Bundespost. Alles, was mit der Technik der Breitbandkommunikation zusammenhänge, sei privat in besseren und wirtschaftlicheren Händen. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß letztlich Kabelfernsehen dann auch nur in den Vorzugs- und Einflusabereich weniger finanzstarker Presse- und Industriekonzerne gerät. Obschon die Bundespost immer wieder beteuert, daß sie medienpolitisch keinerlei Absichten verfolgt und sich ihr ausgebautes Telefonkabelnetz kostengünstig mit einem Fernsehkabelnetz koppeln lasse, wird dann wohl noch längere Zeit alles so bleiben wie es ist, obwohl die Zahl der Teilnehmer mit gestörtem UKW- und Fernsehempfang noch laufend zunimmt.

Als Zwischenlösung wird nun vorgeschlagen, daß in die Bundesländer eine entsprechende Klausel aufgenommen wird, wonach die Behörden bei Vorlage der Hochhaus-Baupläne gegebenenfalls Bauherrn die Auflage erteilen können, aufkommende Empfangsstörungen auf eigene Kosten zu beseitigen. Die rechtliche Wirksamkeit und Gültigkeit solcher Regelungen ist umstritten. Doch ähnliche Bestimmungen existieren bereits in Hamburg und einigen anderen Bundesländern. Und ganz schlaue Pragmatiker und Zeitgewinner wollen erst einmal gründlich die analogen Verhältnisse in den "klassischen" Wolkenkratzermetropolen wie New York, Tokio und Caracas geprüft wissen. Damit das Problem vorerst buchstäblich in ferne Höhen entschwebt wäre.

(-/5.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller